



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

An die Präsidentin von Brot für die Welt  
Frau Cornelia Füllkrug-Weitzel  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin

An den Vorsitzenden  
des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
Herrn Prof. Dr. Hubert Weiger  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin

An den Leiter der Politischen Vertretung Berlin  
von Greenpeace e.V.  
Herrn Stefan Krug  
Hongkongstraße 10  
20457 Hamburg

An den Bundesgeschäftsführer  
des Naturschutzbundes Deutschland e.V.  
Herrn Leif Miller  
Charitéstraße 3  
10117 Berlin

An die Geschäftsführerin  
von Oxfam Deutschland e.V.  
Frau Marion Lieser  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin

An den Vorsitzenden  
von Rettet den Regenwald e.V.  
Herrn Reinhard Behrend  
Jupiterweg 15  
22391 Hamburg

**Jochen Flasbarth**  
- Der Staatssekretär -

TEL +49 3018 305-2020

FAX +49 3018 305-2045

[buero.flasbarth@bmub.bund.de](mailto:buero.flasbarth@bmub.bund.de)

[www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de)

Berlin, 28.02.14





Seite 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 6. Februar 2014, in dem Sie Ihre Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von Biokraftstoffen zum Ausdruck bringen.

Biokraftstoffe können grundsätzlich einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz leisten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass sie nachhaltig hergestellt wurden und mögliche negative Umweltwirkungen vermieden werden. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Vermeidung von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC).

Ihre Bedenken und Ihren Wunsch nach einer wirkungsvollen Begrenzung des Einsatzes konventioneller Biokraftstoffe als Maßnahme gegen ILUC teile ich daher. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, eine Obergrenze von 5% für diese Biokraftstoffe fest zu legen, ist ein richtiger Ansatz.

Bundesministerin Dr. Hendricks hat in einem Interview, das in der taz-Ausgabe vom 26.02.2014 zu lesen ist, klargestellt, dass sie eine Deckelung des Biokraftstoffanteils bei 5% für angemessen hält, u.a. da nicht auszuschließen ist, dass Biokraftstoffe eine schlechte Ökobilanz haben. Auf dieser Grundlage wird das Bundesumweltministerium die Verhandlungen weiter führen.

Mit freundlichen Grüßen